

Photo: Mark Fernandes

Florian Post, MdB
Claudia Tausend, MdB
Für UNS in Berlin

SPD

Liebe Leserinnen und Leser!

In den letzten beiden Sitzungswochen in Berlin war viel los. Zwei sozialdemokratische Kernforderungen wurden in 3. Lesung verabschiedet. „Gesagt, Getan, Gerech“ lautet auch hier die Devise: Von der Mietpreisbremse und dem Bestellerprinzip im Maklerrecht werden viele Mieterinnen und Mieter auch in München profitieren. Mit der Frauenquote wurde außerdem ein wichtiger Hebel zu mehr Gleichberechtigung beschlossen. Viel Spaß beim Lesen des Newsletters wünschen Florian Post und Claudia Tausend.

Mindestlohn keine Gefahr für Volksfestkultur

Seit 1. Januar 2015 gilt der von der SPD initiierte Mindestlohn in Deutschland. Und schon werden Stimmen laut, die eine überbordende Bürokratie kritisieren. Denn wer den Mindestlohn durchsetzen will, muss natürlich auch die Arbeitszeiten protokollieren.

Problem. Denn Servicepersonal und Musiker sind auf dem Oktoberfest – und anderen Volksfesten – 16 Tage lang von früh bis spät im Einsatz. Die gesetzliche Höchstarbeitszeit von zehn Stunden pro Tag wird da schon mal überschritten. Das muss nun mit

Ausnahmesituation ist, kann eine Ausnahmeregelung gut begründet werden. Diese kann durch die Landesbehörden erteilt werden, der Ball liegt also beim bayerischen Sozialministerium.

Der Fall der Wiesn-Wirte zeigt, dass die Kritik am Mindestlohn meist unangebracht ist. Es gibt bei der Arbeitszeiterfassung z.B. gar keine gesetzlichen Formvorschriften, von überbordender Bürokratie kann also keine Rede sein.

Wir haben mit dem Mindestlohn eine der größten Sozialreformen der Geschichte auf den Weg gebracht, von dem 3,7 Millionen Menschen profitieren. Darauf können wir stolz sein. Es ist aber auch sinnvoll, dass Andrea Nahles bis zum Sommer das Gesetz evaluieren will und wir dann schauen, wo es Probleme gibt, die wir beheben müssen, damit der Mindestlohn auch wirklich ein Erfolg bleibt.



Das gilt auch auf Volksfesten wie der Wiesn und hat zu Unmut bei den Wiesn-Wirten geführt. Nun ist dort nicht zu befürchten, dass der Mindestlohn unterschritten wird. Vielmehr sind die Arbeitszeiten das

dem Mindestlohngesetz genau dokumentiert werden. Das heißt wir brauchen keine Änderung beim Mindestlohn, sondern eine Ausnahmegenehmigung für Mehrarbeit. Da die Wiesn in jeder Hinsicht eine

Wirtschaftsempfang mit Vizekanzler Sigmar Gabriel – erfolgreiche Wirtschaftspolitik als Grundlage für zielgerichtete Sozialpolitik



Anstoßen auf einen gelungenen Abend: Claudia, Tausend, Florian Post, Florian Pronold, Sigmar Gabriel und Christian Ude.



Vizekanzler Sigmar Gabriel folgte sehr gerne der Einladung von Florian Post und Claudia Tausend nach München.

„Der Veranstaltungsort war gelungen und er bot dem Herrn Minister ... auch gleich eine Steilvorlage, um ein wenig über die bayrischen Lebensart zu frozeln – wo es halt immer ein Zelt und immer ein Bier auf dem Tisch sein muss... Jedenfalls war seine Rede sehr gelungen, sehr staatsmännisch wenig polarisierend, und ... zudem war er ja auch noch recht unterhaltsam.“

So ein Unternehmer in einer Mail. Etwa 300 Gäste waren am 13.2.2015 auf Einladung von Florian Post und Claudia Tausend zum Wirtschaftsempfang ins Theaterzelt „Das Schloss“ gekommen. Alle Akteure waren vertreten: Unternehmen vom Global Player wie MAN und Wacker Chemie über den traditionellen Mittelstand bis zum Start Up, Verbände, Kammern, Innungen und Gewerkschaften und last but not least kleine und große Wiesnwirte (z.B. Wiggerl Hagn). Auch die Generalkonsuln der



USA, der Niederlande und Österreichs konnten Claudia Tausend und Florian Post begrüßen, ebenso den Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt und Städtebau Florian Pronold, MdB, und Alt-Oberbürgermeister Christian Ude.

Neben einem Überblick über allgemeine und aktuelle wirtschaftspolitische Themen war Sigmar Gabriel vor allem ein Gedanke wichtig: Das SPD-geführte München kann bundesweit (neben Hamburg) als Modell gelten für die

Verbindung erfolgreicher Standortpolitik und ausgleichender Sozialpolitik. Dies konnte die Münchner SPD-Vorsitzende Claudia Tausend nur bestätigen. Dieser Erfolg darf durch ein Lavieren bei der Energiewende nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Sollten neue Stromtrassen weiter blockiert werden, wird der Strom für Verbraucher und Unternehmen in Bayern deutlich teurer – dies betonten Post und Gabriel in ihren Reden.



Vizekanzler Gabriel und Florian Post betonten die Bedeutung der Stromtrassen für die Wirtschaftsregion München. Sollten neue Stromtrassen von Horst Seehofer und der CSU weiter blockiert werden, wird der Strom für Verbraucher und Unternehmen in Bayern deutlich teurer.

SPD-Freihandelskonferenz: Regeln für die Globalisierung!

Die transatlantischen Freihandelsabkommen CETA (EU-Kanada) und TTIP (EU-USA) polarisieren die Öffentlichkeit. Die SPD hat am 23. Februar zu einer großen Konferenz geladen, um öffentlich eine sachorientierte Debatte über den Freihandel zu führen. Über 400 Gäste kamen ins Willy-Brandt-Haus und diskutierten mit Vertretern aus der europäischen und deutschen Politik, aus Gewerkschaften, Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur, und Verbraucherschützern. Auch online wurden Fragen gestellt, die live in die Diskussion eingeflochten wurden. Sigmar Gabriel stellte eingangs fest, wir bräuchten eine Diskussion auf der Basis von Fakten und nicht auf Basis von diffusen Vermutungen – bevor die Teilnehmer in drei parallelen Fachanhörungen zu Arbeit/Wirtschaft, Verbraucherschutz und Kultur vertieft über die Chancen und Risiken der beiden transatlantischen Freihandelsabkommen diskutierten. Sigmar Gabriel warnte davor, die Abkommen ohne inhaltliche Diskus-

sion einfach abzulehnen. Denn in den Verhandlungen in den kommenden Jahren werde das gemacht, was Linke schon lange fordern: der Globalisierung Regeln geben. Die relevante Frage sei aber, ob Europa dabei mitreden könne. „TTIP könnte das Vorbild sein für eine globale Handelsarchitektur – und damit Maßstäbe setzen für künftige Handelsabkommen“, sagte Gabriel. Bei einem Scheitern würden aber andere in der Folge die Standards setzen: die asiatischen Staaten. Und Europa müsste sich dem beugen – der Welthandel warte nicht auf uns.

Einen entscheidenden Impuls, um Kritiker und Befürworter näher zusammen zu bringen, kam wenige Tage vor der Konferenz aus Madrid. Gemeinsam mit anderen führenden europäischen Sozialdemokraten legte Gabriel dort ein Konzept vor für einen Investorenschutz, der keine nationalen Gesetze aushebeln kann: Statt der umstrittenen privaten Schiedsgerichte soll ein internationaler Handelsgerichtshof mit öffentlichen

Richtern im Streitfall entscheiden. Ein Vorschlag, den auch die für die Abkommen zuständige EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström begrüßte. Jetzt geht es darum, dies bei CETA noch nachzubessern. Malmström gab sich zurückhaltend, ob das noch möglich wäre. Darauf will aber der Vorsitzende des Handelsausschusses im Europaparlament Bernd Lange dringen, und erinnerte daran: Am Ende entscheiden die Abgeordneten – und es sei nicht das erste Mal, dass Abkommen im EP gescheitert seien.

Dass einzelne Änderungen noch möglich sind, sagte auch EP-Präsident Martin Schulz. „CETA ist noch nicht unterschrieben. Darum kann es auch noch verbessert werden.“ Er erwartet von der Kommission jetzt qualifizierte Vorschläge dafür.

Die Position der SPD ist: Freihandel: ja. Aber nicht um jeden Preis. SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel fügte auf der Konferenz noch hinzu: „Wer nicht verhandelt, hat schon verloren.“

Die Mietpreisbremse kommt!

Die Sozialdemokraten haben sich auf Bundesebene bei der Mietpreisbremse durchgesetzt: In der vergangenen Sitzungswoche hat der Bundestag die Mietpreisbremse und das Bestellerprinzip im Maklerrecht beschlossen. Das bedeutet eine massive Entlastung für viele Mieterinnen und Mieter. Die künftige Miete darf maximal zehn Prozent über dem ortsüblichen Niveau liegen.

So werden endlich die extremen Auswüchse bei einem Mieterwechsel begrenzt – und viele Münchnerinnen und Münchner können sich freuen, denn bisher gab es bei der Wiedervermietungen keine Grenze nach oben. Damit Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen im boomenden Wohnungsmarkt Münchens bezahlbare Wohnungen finden, fördern wir auch weiterhin den Wohnungsneubau.



Für die SPD gilt: Wohnen darf kein Luxus sein!

Die Frauenquote - Starkes Signal für die Frauen

»Ob ein Mann mir seinen Platz in der Straßenbahn anbietet, das ist mir egal, er soll mir einen Platz in seinem Aufsichtsrat anbieten«, sagte die erste Präsidentin des Verbandes deutscher Unternehmerinnen, Käthe Ahlmann – und das im Jahr 1958. Seit 20 Jahren steht in Artikel 3 des Grundgesetzes: »Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.« Der Weg in die obersten Führungsetagen ist Frauen heute jedoch immer noch häufig versperrt. Es gibt in 39 Dax-Unternehmen keine

einzigste Frau in den Aufsichtsräten! Jetzt machen wir ernst: Nun kommt endlich eine gesetzliche Frauenquote. Ab 2016 gilt für die Aufsichtsräte aller Unternehmen, die börsennotiert und voll mitbestimmungspflichtig sind, eine Frauenquote von 30 %. Das betrifft mehr als 100 Unternehmen. Werden nicht genug Frauen gewählt, bleiben die Stühle leer. Etwa 3.500 weitere Unternehmen müssen sich klare Zielgrößen für Frauen in Führungspositionen setzen. Wir können natürlich die Wirtschaft auf nichts verpflichten, was wir nicht selbst leben. Deshalb wird die Bundesverwaltung verpflichtet, für

jede Führungsebene konkrete Vorgaben zur Erhöhung des Frauenanteils zu setzen. In Aufsichtsgremien, in denen dem Bund mindestens drei Sitze zustehen, gilt ab 2016 eine Geschlechterquote von mindestens 30 %.

Die Quote ist ein wichtiger Meilenstein für Gleichberechtigung. Damit die gesetzlichen Ziele erreicht werden, müssen Frauen auf allen Ebenen stärker gefördert werden. Aber wir sind überzeugt: Es gibt mehr als genug qualifizierte Frauen, kein Stuhl wird tatsächlich leer bleiben.

Höhere Entlastung der Kommunen

Bei der Umsetzung des vereinbarten Investitionspakets hat die SPD einen großen Erfolg erzielt. Die Kommunen werden höher entlastet als bislang vorgesehen.

Bisher war vereinbart, dass die Kommunen von 2015 bis 2017 um jeweils eine Milliarde Euro entlastet

werden. Die Forderung der SPD war, diesen Betrag schon 2017 deutlich zu erhöhen. Jetzt haben wir erreicht, dass die Entlastung der Kommunen um weitere 1,5 Mrd. Euro auf insgesamt 2,5 Mrd. Euro in 2017 steigt und dann 2018 mit 5 Mrd. Euro ihre volle Höhe erreicht. Für finanz-

schwache Kommunen wird zudem noch 2015 ein Investitionsfonds von 3,5 Mrd. eingerichtet. Unterm Strich hat die SPD das seit Jahrzehnten größte Entlastungsprogramm für Kommunen auf den Weg gebracht! Auch die Investitionen in Verkehrsinfrastruktur, Städtebau und Energieeffizienz werden deutlich aufgestockt.

E.ON muss zu Verantwortung für KKW Isar II stehen

Der E.ON-Konzern hat angekündigt sein Geschäft in zwei Teile aufzuspalten. Das Hauptunternehmen wird sich zukünftig auf erneuerbare Energien, Netzbetrieb und Energieeffizienz konzentrieren. Für die übrigen fossilen und Kernkraftwerke plant E.ON eine eigene Gesellschaft abzuspalten, in der dann auch die bisherigen Rückstellungen für den AKW-Rückbau gebündelt werden. Das ist nichts anderes als die Gründung

einer Bad-Bank für Risikogeschäfte. Für München geht es um die Verantwortung für Rückbau und Entsorgung des KKW Isar II, an dem die Stadtwerke München zu 25% beteiligt sind. Die Stadtwerke wiederum befinden sich zu 100% im Eigentum der Stadt München. Würde sich E.ON nun aus der Rückbauverpflichtung stehlen, beispielsweise durch eine Insolvenz der neuen „Bad-Bank“, müsste München milliardenschwere Rück-

bauverpflichtungen alleine tragen. Wir setzen uns nun dafür ein, dass rechtsverbindliche Regelungen geschaffen werden, damit die Rückstellungen auch im Falle einer Insolvenz geschützt sind. Wir dürfen E.ON hier nicht aus der Verantwortung lassen. Abgabe von Patronatserklärungen der bisherigen E.ON-Gesellschaft und Nachschussverpflichtungen sind zwingend geboten.

Aus dem Wahlkreis

Florian Post und Claudia Tausend sind auf vielen Terminen in den Wahlkreisen unterwegs, um mit den Menschen vor Ort im Gespräch zu sein. Denn: Die Politik in Stadt und Bund soll sozialdemokratisch bleiben!



Maibaumverein, Familienzentrum, Festring, Flüchtlingshelfer und Schausteller: Eine bunte Truppe, die Claudia Tausend Anfang März im Deutschen Bundestag zu Besuch hatte.



Politischer Aschermittwoch in Erding Florian Post sprach beim politischen Aschermittwoch der SPD im Mayr-Wirt in Erding. Keine andere Region im Großraum München boomt beim Zuwachs von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen wie Erding.



Volles Haus im Festzelt Trudering: Dabei waren unter anderem Oberbürgermeister Dieter Reiter mit Ehefrau Petra Reiter, die Parteivorsitzende Claudia Tausend, die Stadträte Helmut Schmid und Ingo Mittermaier sowie der Vorsitzende des Ortsvereins Trudering-Riem Mark Salzmann.



Einblicke in die Praxis – Florian Post besichtigt eine Kraft-Wärme-Kopplungsanlage der Bayer AG in Berlin und lässt sich vor Ort die technische Funktionsweise der Anlage vom Funktionsleiter Frank Schnegotzki erklären.



Als Dank für fast 25 Jahre Einsatz für München und mehr als 40 Jahre für die Münchner SPD überreichte eine Delegation aus Partei und Stadtrat Christian Ude ein treffendes Portrait des Künstlers Wolfgang M. Prinz überreichen. Danke nochmals für die schöne Zeit!

Florian Post, MdB

Mitglied des Ausschusses für
Wirtschaft und Energie



Belgradstr. 15 a
80796 München

florian.post@bundestag.de
Tel: 089 - 18 94 65 38
Fax: 089 - 18 94 65 39
facebook.com/bundestag2013
www.florian-post.de

Claudia Tausend, MdB

Mitglied im Ausschuss für die
Angelegenheiten der Europäischen Union



Oberanger 38
80331 München

claudia.tausend.wk@bundestag.de
Tel: 089 - 18 93 28 58
Fax: 089 - 44 23 24 80
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de

Kostenlose Bürgerberatung

In den Wahlkreisbüros finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung, Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über die Wahlkreisbüros.